

Bayr: Entwicklungspolitik am Abstellgleis
Utl.: Schlechtes Abschlusszeugnis für Bundesregierung =

Wien (SK) - Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Entwicklungspolitik, resümierte heute kritisch die Entwicklungspolitik der Bundesregierung. "Das Ende einer unrühmlichen Ära: Entwicklungspolitik nach sechs Jahren ÖVP-Regierung", so Bayr wörtlich. "Entwicklungspolitik spielte unter Außenministerin Plassnik eine höchst untergeordnete Rolle. Dass sie keine Priorität hat, lässt sich unter anderem an den zur Verfügung stehenden Mittel für EZA ablesen. Oftmals wurde ein Stufenplan verlangt, in welchen konkreten Schritten bis zum Jahr 2015 die 0,7 Prozent des BNE für Entwicklungszahlungen erreicht werden soll. Jedes Mal wurde dieser Stufenplan mit fadenscheinigen Argumenten abgewiesen!" ****

Weiters bemängelte Bayr, dass keine ernstzunehmenden Verhandlungen mit dem Finanzministerium zur Erhöhung des EZA-Budgets geführt wurden sowie die personelle Ausstattung der Sektion VII im BMAA. Darin sieht Bayr auch begründet, dass es kaum politische Vorgaben für die Umsetzung der bilateralen EZA gebe.

Der relativ hohen ODA (für EZA anrechenbare Zahlungen) Prozentsatz von 0,52 Prozent für 2005 sei reine Zahlenkosmetik, so Bayr weiter, da er nur durch die sehr hohen Entschuldungssätze zustande komme. Tatsächlich steht ohne die Einrechnung der Entschuldung Österreich bei mageren 0,22 Prozent des BNE für Entwicklungszahlungen und damit nach wie vor im hinteren Schlussfeld der OECD-Staaten.

Bayr dazu empört: "Die Meldung des Schuldenerlasses als öffentliche Ausgaben für EZA steht im Widerspruch zum Monterrey-Abkommen der Vereinten Nationen (UN-Konferenz "Financing for Development" im März 2002), in dem festgehalten wurde, dass Entschuldungsmaßnahmen zusätzlich zur öffentlichen EZA finanziert werden sollten, wie es z.B. Norwegen tut. Die Entschuldung des Iraks besteht zum Großteil aus Exportkreditschulden, mit denen europäische Unternehmen subventioniert wurden, deren Ziel nicht die Armutsbekämpfung war - was laut ÖVP-Wahlprogramm aber angeblich vorrangig wäre!"

Im ÖVP-Papier fehle das Bekenntnis zur Erhöhung der EZA, ohne dabei die Entschuldungen einzurechnen. Es sei daher mit weiterer Zahlenakrobatik und kaum mit einem Mehr an wirklich gestaltbarem Entwicklungsbudget zu rechnen, wenn die ÖVP weiterhin in der EZA das Sagen hätte, so Bayr.

Auch die die Neustrukturierung und Privatisierung der OEZA in der ADA (Austrian Development Agency) hat laut Bayr nicht ansatzweise gehalten, was versprochen wurde: "Nicht nur, dass das "fresh money" ausgeblieben ist, mit dessen besseren Verwaltung die Gründung der ADA u.a. argumentiert wurde, leiden viele NGOs unter langwierigen bürokratischen Wegen und fehlenden politischen Vorgaben in den Ausschreibungen. Durch die Schaffung der ADA ist die parlamentarische Mitbestimmung in Sachen OEZA aber auch die Kontrollmöglichkeiten wesentlich eingeschränkt worden. Überdies funktioniert die Verzahnung zwischen Sektion VII und ADA nicht optimal, es fehlen die politischen Vorgaben durch das Ministerium."

"Trotz gesetzlicher Verpflichtung im EZA-Gesetz wird Kohärenz im Sinne der weltweiten Entwicklung in der österreichischen Regierungspolitik nicht gelebt", ist Bayr überzeugt. "Jedes Ressort macht irgendwas, zum Teil ist es abenteuerlich, was alles unter Entwicklungspolitik gerechnet wird - z.B. Deutschkurse für slowenische PensionistInnen!"

Bayr abschließend: "Angesichts dieser Schreckensbilanz, die sich noch weiter ausführen ließe, bleibt für die Entwicklungszusammenarbeit nur zu wünschen, dass nach dem 1. Oktober wirklich Schluss mit der schwarzen Unpolitik ist!" (Schluss) sk/mp

Rückfragehinweis:

Pressedienst der SPÖ

Tel.: 01/53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS204 2006-09-22/13:02

221302 Sep 06